

Antrag

der Abgeordneten Judith Skudelny, Olaf in der Beek, Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Katrin Helling-Plahr, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Gyde Jensen, Thomas L. Kemmerich, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Alexander Graf Lambsdorff, Michael Georg Link, Roman Müller-Böhm, Bernd Reuther, Matthias Seestern-Pauly, Bettina Stark-Watzinger, Benjamin Strasser, Katja Suding, Stephan Thomae, Dr. Florian Toncar, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich und der Fraktion der FDP

Meeresvermüllung durch Plastik

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Ozeane bedecken 69 % unsere Erdoberfläche. Sie sind Lebensraum für 25 % der bekannten Tierarten. Unsere Meere sind die größten Nahrungsquellen der Welt. Etwa eine Milliarde Menschen sind direkt von der Fischerei abhängig. Diese wichtige Lebensgrundlage wird durch Kunststoffeinträge bedroht.

Eine aktuelle Studie (River plastic emissions to the world's oceans, Nature Communications 8:15611) geht davon aus, dass jährlich zwischen 1,15 und 2,41 Mio. Tonnen Plastik aus Flüssen ins Meer emittiert werden. Die Gesamtzahlen der Plastikeinträge schwanken nach einer Studie aus dem Jahr 2015 (Plastic waste inputs from land into the ocean, Science Vol. 347, Issue 6223, S. 768-771) zwischen 4,8 und 12,7 Mio. Tonnen im Jahr.

Dabei sind die Emissionen global nicht gleich verteilt. Europa belegt Platz 18 der Plastikemittenten mit einem Anteil an den Emissionen zwischen 1 bis 1,4 %. China hingegen gehört mit einer Emission von 27,7 % zu den zehn stärksten Verschmutzern weltweit. Diese zehn Verschmutzer verursachen gemeinsam rund 70 % der weltweiten Meeresvermüllung.

Neben den Küstenregionen sind Flüsse die stärksten Verschmutzter der Weltmeere. Von den 122 dreckigsten Flüssen der Welt liegen 103 in Asien, acht in Afrika, acht in Süd- und Zentralamerika und lediglich einer in Europa. Sie gemeinsam emittieren über 90 % des weltweiten Plastikeintrags durch Flüsse.

1. Situation in Deutschland

Die vorhandenen Studien weisen darauf hin, dass aus Deutschland im Wesentlichen Mikroplastiken in die Weltmeere emittiert werden. In der Diskussion um Meeresplastik wird nach Partikelgröße unterschieden. Hierbei unterscheidet man Makro- und

Mikroplastik.

Die Plastikströme im Bereich des sichtbaren Plastiks (Makroplastik) sind durch unsere in Deutschland umfassende Müllsammlung mit 98,6 % praktisch geschlossen. Verpackungsmaterial wird ebenso wie der Restmüll gesammelt und sortiert, um ihn dann zu recyceln oder thermisch zu verwerten. Damit gelangen aus Deutschland große Mengen an Makroplastik weder in die Umwelt noch ins Meer.

Allerdings sind unsere Gewässer mit Mikroplastik belastet. Eine Pilotstudie (Mikroplastik in Binnengewässern Süd- und Westdeutschlands) aus insgesamt fünf Bundesländern zeigt, dass rund 99 % der Kunststoffpartikel in den Binnengewässern kleiner als 5 Millimeter waren, der Anteil an sehr kleinen Partikeln mit einer Größe zwischen 0,02 und 0,3 Millimetern lag bei 62 %. Die Herkunft des Mikroplastiks ist noch nicht ausreichend erforscht. Viele Eintragswege sind unbekannt. Zum Teil lässt sich die Verschmutzung aber auf Reifenabrieb, das Waschen von Textilien, synthetische Fasern, den Einsatz von Mikroplastik in Kosmetikprodukten und die Anreicherung von Plastikpartikeln im Klärschlamm zurückführen.

2. Situation in Europa

Während in Deutschland die Stoffströme bei Kunststoffen weitestgehend geschlossen sind, liegt der Anteil des Plastik, das einer Verwertung zugeführt wird, auf europäischer Ebene lediglich bei 73 %. Länder wie Malta, Rumänien, Griechenland und Zypern verwerten weniger als 20 % ihrer Abfälle. Die verbleibenden Müllmengen werden in Deponien gelagert – ein Verfahren, das in Deutschland bereits seit 1. Juni 2005 verboten ist und auf europäischer Ebene bis 2035 auf 10 % reduziert werden soll. Über die Deponien landen Plastikpartikel in der Umwelt. Studienergebnisse (River plastic emissions to the world's oceans, Nature Communications 8:15611) legen auch nahe, dass in kleinen Teilen Südeuropas und Polens über die Vermüllung der Küsten Plastik ins Meer gelangt.

Um die gleichen Umweltstandards wie bspw. in Deutschland, Österreich und den Niederlanden flächendeckend in Europa zu erreichen, sind Investitionen in Höhe von 8,4 bis 16,6 Mrd. € vorrangig in Sortier- und Trenntechnik notwendig. Mittelfristig werden zusätzlich neue energetische Verwertungsanlagen benötigt, um die Lagerung in der Umwelt zu beenden. Viele europäische Länder können sich aufgrund ihrer aktuellen Finanzlage solche Investitionen nicht leisten.

Ein Verbot von Plastik-Einwegprodukten wie Wattestäbchen, Strohhalmen und Plastikgeschirr reduziert die Plastikvermüllung in den Weltmeeren aus Europa nicht. Die im Trend liegenden Coffee-to-go-Becher bestehen nicht mehr aus Plastik, die weiteren in der Diskussion stehenden Artikel sind zum einen mengenmäßig zu vernachlässigen und landen zum anderen nicht regelmäßig in der Umwelt. Wirksame Maßnahmen gegen das sog. Littering wurden in Berlin wissenschaftlich untersucht. Die Studie (Wahrnehmung von Sauberkeit und Ursachen von Littering) zeigt auf, dass zielgruppen- und situationsspezifische Maßnahmen gegen das Littering erforderlich sind. Diese können am besten kommunal umgesetzt werden.

3. Situation in Entwicklungs- und Schwellenländern

Weltweit sind die Hauptemittenten von Plastikmüll China, Indonesien, Philippinen, Vietnam, Sri Lanka, Thailand und Ägypten; sie tragen maßgeblich zur Vermüllung der Meere bei. Auch in diesen Ländern sind Flüsse ein starker Eintragungsweg von Plastik in die Weltmeere. Im Gegensatz zu Europa wird hier jedoch vorrangig Makroplastik in die Meere gespült. Bedingt durch die natürliche Meeresströmung lagert sich der Plastikmüll vor allem in Äquatornähe ab und bildet zum Teil großflächige Abfallstrudel.

Besonders für Entwicklungs- und Schwellenländer stellt die zunehmende Vermüllung der Meere ein ernsthaftes Problem dar. Diese Länder verfügen weder über die finanziellen noch über die technischen Möglichkeiten, ihre Küsten- und Meeresgebiete von

den Plastikabfällen zu reinigen. Zur Versorgung ihrer Bevölkerung sind diese Länder jedoch häufig in besonderer Weise auf eine saubere Küstenlinie angewiesen.

Die Fischerei bildet die Lebensgrundlage in meeresnahen Staaten, sowohl im Hinblick auf die Lebensmittelversorgungssicherheit als auch als berufliches Betätigungsfeld. Durch die zunehmende Vermüllung der Meere ist davon auszugehen, dass es zu einer Reduzierung der Fischbestände kommt. Mittelfristig kann es zu Lebensmittelengpässen und zu fehlenden wirtschaftlichen Perspektiven in der Fischerei und des Tourismus führen. Die wegfallenden Wirtschaftszweige tragen dazu bei, dass Menschen aus ihren Heimatländern flüchten.

Die Verschmutzung der Flüsse aus der Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer ist vor allem darauf zurückzuführen, dass diesen Ländern eine funktionierende Infrastruktur zur Entsorgung von Müll fehlt. Obwohl ein großer informeller Sektor in diesem Bereich besteht, mangelt es an offiziellen staatlichen Lösungen zur Müllabholung und -entsorgung. Entwicklungs- und Schwellenländer müssen daher zukünftig in die Lage versetzt werden, ihren Müll fach- und sachgerecht zu entsorgen und eine funktionierende Kreislaufwirtschaft aufzubauen.

Allerdings ist die Entsorgung von Plastik und Kunststoffen in Flüssen nicht nur ein Problem der Entwicklungsländer. Auch andere Staaten der Erde entsorgen ihren Plastikmüll in fließenden Gewässern, obwohl sie über die finanziellen und technischen Möglichkeiten verfügen, ein gut funktionierendes Abfallentsorgungssystem aufzubauen. In diesen Staaten fehlt es am Bewusstsein und an abfallpolitischen Strategien oder die politischen Prioritäten sind anders gesetzt. Auf diese Staaten muss stärker, auch auf internationaler Ebene, eingewirkt werden, um dem Problem der Plastikvermüllung zu begegnen.

Deutschland sollte gemeinsam mit den europäischen Partnern auf eine internationale Lösung des Problems drängen. Eine internationale Lösung ist die einzige, die nachhaltig die Meeresumwelt schützt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf:

1. Auf nationaler Ebene

- a. Wir begrüßen und fordern die Verstetigung des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Programms „Plastik in der Umwelt“, welches Eintragungspfade, Auswirkungen auf die Umwelt und Minderungsmöglichkeiten der Eintragungen bis 2021 untersucht.
- b. Wir fordern weitere Forschungsvorhaben im Bereich der Wasserreinhaltung zur Ermittlung von Methoden und Wegen, um Abwasser von Mikroplastiken zu reinigen.
- c. Wir fordern, weitere Forschungen zu plastikzersetzenden Bakterien (*Idonella sakaiensis*) und weiteren Organismen finanziell zu fördern und ihren Einsatz auf Deponien und in Ozeanen zu prüfen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere zu prüfen, ob es sich dabei um eine sog. „biologische Schädlingsbekämpfung“ handelt.
- d. Kompostiert oder vergärt werden dürfen ausschließlich unverpackte oder vollständig entpackte und fremdstofffreie Lebensmittelabfälle. Ausnahmen für biobasierte und bioabbaubare Kunststoffe bleiben bestehen.
- e. Sich für eine europäische Strategie zur Reduzierung von Mikroplastik und Substitution in Wasch- und Reinigungsmitteln sowie Kosmetika einzusetzen.
- f. Verpackte Lebensmittelabfälle dürfen nicht einer bodenbezogenen Verwertung zugeführt werden.

2. Auf EU-Ebene, um die Verschmutzung der Weltmeere durch Plastik zu reduzieren
 - a. Wir fördern eine systematische Erfassung der Plastikeinträge, die von europäischen Mitgliedstaaten unter Aufschlüsselung in die Größenfraktionen Mikro-, Meso- und Makroplastik sowie nach Mitgliedstaaten ins Meer emittiert werden.
 - b. Sich dafür einzusetzen, dass die EU Investitionshilfen für EU Mitgliedstaaten für solche Mitgliedstaaten bereitstellt, die zum Stand von 2014 Recyclingquoten von unter 30 % aufwiesen.
 - c. Sich auf europäischer Ebene für gleiche Identifizierungsstandards in allen Stoffströmen einzusetzen, sodass Industrien zweifelsfrei, sortenrein entsorgen können.
 - d. Weiter fordern wir einen besseren Vollzug des Umweltrechts.
3. Zur Reinhaltung der Meere von Plastikmüll
 - a. Bestehende deutsche Technik zur Reinhaltung der Meere (Müllsammelschiffe) in Serie zu produzieren und auf den Weltmeeren einzusetzen.
 - b. Mehr finanzielle Unterstützung zur Forschung und Erprobung innovativer Techniken zur Entfernung von Meeresplastik, wie zum Beispiel schwimmende Barrieren und Filterplattformen, zu leisten.
 - c. Im Rahmen des UNEP (United Nations Environment Program) auf eine multilaterale Lösung der Plastikverschmutzung der Weltmeere hinzuwirken und insbesondere solche Länder in die Pflicht zu nehmen, die in der Lage sind, Kreislaufwirtschaften zu etablieren und dies bisher nicht getan haben.
 - d. Eine zweite internationale Ozeankonferenz einzuberufen, um die Meeresvermüllung ins Bewusstsein der Staaten zu rücken.
 - e. Sich für eine Verpflichtungserklärung zwischen den Staaten einzusetzen, die zum Ziel hat, Plastikmüll zu reduzieren und die Meere von Plastik zu reinigen (internationale Erklärung zur Vermeidung von Plastikmüll).
4. Zur Müllvermeidung im Binnenland
 - a. In der Entwicklungszusammenarbeit stärker noch als bisher Projekte zu fördern, die zum Ziel haben, ein funktionierendes und an Wirtschaftlichkeitskriterien orientiertes flächendeckendes Müllsammel-, Mülllagerungs- und Müllverwertungssystem in den Zielländern aufzubauen.
 - b. Im Rahmen von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit den informellen Sektor im Bereich der Müllsammlung, Mülllagerung und Müllwertung einzubeziehen.
 - c. Sich dafür einzusetzen, dass in Ländern, in denen europäische Entwicklungszusammenarbeit stattfindet, eine Entsorgungswirtschaft aufgebaut wird, die sich an Wirtschaftlichkeitskriterien orientiert.
 - d. Die eigenen Instrumente zur Vermeidung von Abfall in Gewässern zu evaluieren und daraus Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, die im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit genutzt werden können.
 - e. Die private Abfallwirtschaft noch stärker in die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bei der Durchführung von Projekten zur Entsorgungswirtschaft einzubinden.

Berlin, den 2. Juli 2018

Christian Lindner und Fraktion